

Von den Alliierten erlassene Gesetze, die in Deutschland gültig sind

Das Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Force
(kurz SHAEF, dt. „Oberstes Hauptquartier der Alliierten Expeditionstreitkräfte“)

Für Gesetze hat sich früher kein dem Alltagstrott folgender Mensch interessiert. Schon gar nicht für Gesetze der alliierten Militärregierung oder für die HLKO.

Dass sich dafür niemand interessierte, liegt darin begründet, dass so gut wie niemand wusste, dass sowas überhaupt existiert und bis zur Stunde Gültigkeit besitzt.

Warum wusste bisher so gut wie niemand davon? Ganz einfach: So gut wie niemand wusste bisher davon, weil das nie Thema im Geschichtsunterricht war. Warum eigentlich nicht? Na raten Sie doch mal. Das war nie Thema im Geschichtsunterricht, weil Sie davon nichts wissen SOLLEN!

Warum soll denn niemand davon wissen? Ebenfalls ganz einfach: Weil man die Menschen des hiesigen Landes dann nicht seit mehr als 70 Jahren hätte ausrauben und ausplündern können, wenn sie davon gewusst hätten.

Auch wusste bisher so gut wie niemand davon, da sowas nie in der Zeitung stand, nie im Fernsehen mitgeteilt wurde und auch nicht im Radio.

Nehmen Sie Artikel 46 der HLKO zur Hand. Es handelt sich dabei übrigens um Völkerrecht. In diesem Artikel 46 steht unter anderem: „Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden“.

Das bedeutet, dass jedes Einziehen von Steuern, sowie sonstigen Zwangsabgaben und Pflichtversicherungen gegen das Völkerrecht verstößt.

Das Zahlen von Steuern und anderen Zwangsabgaben kann also wenn überhaupt nur auf freiwilliger Basis stattfinden, zumal sowieso nicht ein einziges gültiges Gesetz existiert, was die Menschen im hiesigen Land zur Zahlung von Steuern verpflichtet.

Mit anderen Worten: Sie zahlten bisher Ihr ganzes Leben lang Steuern, Zwangs- und Pflichtabgaben, obwohl Sie das nie mussten, da es dafür keine einzige gesetzliche Grundlage gibt. Und nun stellen Sie sich mal vor, dass Sie das mal irgendwann im Geschichtsunterricht gelernt hätten!

Stellen Sie sich vor, dass das in Zeitungen gestanden hätte, sowie über das Fernsehen und über das Radio mitgeteilt worden wäre!

Sie wären schon von Anfang an auf die Barrikaden gegangen und hätten das Zahlen von Steuern und Zwangsabgaben strikt verweigert, da dafür ja gar keine gültige Gesetzesgrundlage existiert!

Daran können Sie übrigens erkennen, dass die jungen Leute in Schulen nicht unbedingt schlau gemacht werden sollen.

Daran können Sie ebenfalls zweifelsfrei erkennen, dass die alteingesessenen Medien (Radio, Fernsehen, Zeitung) auf keinen Fall dazu da sind, um Sie über wichtige Dinge zu informieren, sondern um Sie von wichtigen Dingen so weit wie möglich fern zu halten.

Militärregierungsgesetz Nr. 2; Art. 9: Niemand darf in der Bundesrepublik Deutschland ohne Genehmigung der Militärregierung als Richter, Staatsanwalt, Notar oder Rechtsanwalt tätig werden!

Die Genehmigung einer solchen Tätigkeit muss vorher- also vor Beginn der Tätigkeit- für jeden Einzelfall in schriftlicher Form eingeholt werden.

Durch US EUCOM Stuttgart, vertreten durch Herrn Lietzau, wird ausdrücklich bestätigt, dass alle Militärregierungsgesetze bis zum Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland volle Rechtskraft besitzen.

Wenn aber die Anordnungen der Militärregierung nicht körperlich für jeden einzelnen Fall vorliegen, sind alle beteiligten Juristen an jedem bundesdeutschen Gericht nur privat handelnde und privat haftende Personen, ohne jegliche Rechtsgrundlage, da die Bundesrepublik Deutschland zu keiner Zeit ein Staat ist oder jemals war.

Richter können demnach Urteile und Beschlüsse in ihrer Position nicht unterschreiben. Aus gleichem Grund wird eine Abschrift vom Original nicht beglaubigt.

Stellen Sie sich vor, dass Sie das schon immer gewusst hätten, weil man ´s Ihnen in der Schule beigebracht hat, und/oder

weil das des Öfftern in der Zeitung gestanden hätte oder über Fernsehen und Radio immer wieder mitgeteilt worden wäre.

Der Beamtenstatus ist seit dem achten Mai des Jahres 1945 ersatzlos abgeschafft!

Ebenfalls eine Tatsache, von welcher bis vor kurzer Zeit kaum jemand etwas wusste, schon gar nicht von den Konsequenzen dieser Tatsache:

- Polizistinnen und Polizisten: haben keinerlei Rechte
- Ausstellen eines Ausweises: rechtskonform nicht möglich
- Handlungsbefugte Finanzbeamte: nicht existent
- Handlungsbefugte Richter: nicht existent
- Handlungsbefugte Staatsanwälte: nicht existent
- Rechtsgültige Heirat: nicht möglich
- Scheidung einer Ehe: nicht erforderlich, da man nicht scheiden kann, was nie rechtsgültig verheiratet war

Alliierte erlassene Gesetze, die bei der Übernahme des hiesigen Gebietes beschlossen und verkündet wurden:

1. Deutschland ist seit Ende des Zweiten Weltkrieges kein souveräner Staat mehr, sondern ein militärisch besetztes Gebiet der alliierten Streitkräfte.

Mit Wirkung vom 12.09.1944 wurde es durch die Hauptsiegermacht USA beschlagnahmt (SHAEF-Gesetz Nr 52, Artikel I § 1)

2. Die Bundesrepublik Deutschland ist und war nie ein Staat, weder de jure, noch de facto.

Die Bundesrepublik Deutschland ist eine Verwaltung – eine eingetragene Firma ohne jegliche Befugnisse. Siehe Upik und sonstige Handelsregister.

3. Eine Zwangsversteigerung stellt eine illegale Zwangsmaßnahme dar.

4. Die Betroffenen wurden, mangels der gesetzlich erforderlichen Zulassung der Militärregierung (SHAEF-Gesetz Nr. 52, und Nr. 53, [BK/O] (47) 50, von den Verwaltungsbehörden der so genannten Bundesrepublik Deutschland getäuscht.

5. Festzustellen ist, dass bei Enteignungen der § BGB 823 (Schadensersatzpflicht) vorliegt.

Allein durch Missachtung der SHAEF-Gesetze Nr. 52 und Nr. 53, wurde durch Ankauf von Hypotheken-Darlehen, ohne Zustimmung der Militärregierung ein unrechtmäßiges Geldgeschäft getätigt, da keinerlei vorher erwirkte Genehmigung der alliierten Streitkräfte vorlag, geschweige denn, über den rechtlichen Tatbestand Aufklärung erfolgt wäre.

6. Es ist niemand rechtlich verpflichtet, irgendwelche Zwangsgelder oder Zwangsgebühren zu zahlen.

Bis 1990 war die Bundesrepublik Deutschland der Verwalter im Auftrag der Alliierten, weil Deutschland als Ganzes besetzt wurde. Der Bundesrepublik Deutschland ist es nicht gestattet sich als DEUTSCHLAND zu bezeichnen!

DEUTSCHLAND ist gemäß alliierten Besatzungsgesetz und der UNO-Festlegung ausschließlich das Deutsche Reich oder

Deutschland als Ganzes, aber keinesfalls die Bundesrepublik Deutschland!

Prof. Dr. Carlo Schmid teilte 1949 dem deutschen Volk mit: "...es wird kein neuer Staat gegründet, sondern Westdeutschland als provisorisches Konstrukt neu organisiert... wir haben keinen Staat zu errichten".

Eine Firma, wie die Bundesrepublik Deutschland, hat keinerlei Hoheitsrechte!

Alle Militärregierungsgesetze z.B. SHAEF- Gesetz Nr. 2, Artikel III, IV und V §§ 7, 8 und 9 besitzen in Deutschland volle Rechtskraft.

Das Strafgesetzbuch, Kontrollratsbeschlüsse und das Zonenstrafrecht sind bis zum heutigen Tage voll gültig.

Beweis: Carl Haymann Verlag Berlin 1948, Lizenznummer 76-G.N. 0-47-316/47. Verlagsarchiv 12 292, Lizenz erteilt unter Nr. 76 Druckgenehmigungsnummer 8958 der Nachrichtenkontrolle der amerikanischen Militärregierung in Deutschland.

Beweisführung: Der ehemalige Devisenbeschaffer der DDR, Alexander Schalk Golodkowski, wurde 1996 nach dem Militärregierungsgesetz Nr. 53 verurteilt.

Damit ist der Beweis erbracht, dass die Militärregierungsgesetze der Besatzung, also auch die SMAD-Befehle und SHAEF-Gesetze von den USA angewendet werden.

Angesichts dieser Beweislage zu argumentieren und zu bestreiten, dass diese Gesetze keine Anwendung finden würden, ist arglistige Täuschung bzw. Betrug.

Jedes Mitglied der Alliierten Kommission hat von dieser Rechtslage im vollen Umfang Kenntnis.

Alle Banken, die diese Rechtslage missachten, werden wegen fortlaufenden Verstoßes gegen das SHAEF-Gesetz Nr. 52 und Nr. 53, [BK/O] (47) 50 bestraft und müssen bei der zuständigen alliierten Kommandantur angezeigt werden.

Sollte die Bundesrepublik Deutschland-Scheingerichtsbarkeit wagen, im Einklang mit den aktiven Interessen Zwangsversteigerungen durchzuführen, muss gegen das Scheinurteil eine Klage bei der zuständigen alliierten Kommandantur und in England auf Schadensersatz, sowie auf Beihilfe zum Betrug und Rechtsbeugung eingereicht werden.

Stellen Sie sich vor, dass Sie all das schon immer gewusst hätten...

Aber nun wissen Sie ´s ja endlich. Ziehen Sie die Konsequenzen daraus.

Lassen Sie sich nicht länger von schwerkriminellen eigenen Landsleuten drangsalieren, ihrer Freiheit berauben, belügen, betrügen, ausrauben und ausplündern.

Gehen Sie gegen all jene vor, die Sie schon Ihr Leben lang drangsalieren, ihrer Freiheit berauben, belügen, betrügen und ausplündern.

Aufgehobene Gesetze in der BRiD

a) Art. 23 GG: Geltungsbereich (Aufgehoben am 17.07.1990)

„Gesetze ohne Geltungsbereich besitzen keine Gültigkeit und Rechtskraft.“

(BVerfGE 3, 288 (319f):6, 309 (338, 363))

b) Staatshaftung (Aufgehoben 1982)

Das Staatshaftungsgesetz ist vom „Bundesverfassungsgericht“ 1982 für nichtig erklärt worden (Urteil des „Bundesverfassungsgerichtes“ vom 19. 10. 1982 (BVerfGE 61, 149). Alle „Mitarbeiter“ der „BRD“ haften seitdem privat und persönlich vollumfänglich mit ihrer eigenen Freiheit und ihrem eigenen Vermögen.

c) Immunität (Aufgehoben 2013)

Durch das Motu Proprio vom 11.07.2013 hat den Papst (Franziskus) erlassen, dass die Immunität aller Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Regierungsbeamter per 01.09.2013 aufgehoben wird.

d) Art. 1 GVO - Gerichtsvollzieherordnung: (Aufgehoben am 01.08.2012)

Der Gerichtsvollzieher hat keine rechtliche Handlungsgrundlage mehr. Der Gerichtsvollzieher ist seit dem 01.08.2012, durch die Änderung der Gerichtsvollzieherordnung (GVO), als freischaffender privater Unternehmer für die Firma Amtsgericht tätig. Die angeblichen „Gerichtsvollzieher“

ignorieren das Gesetz und versuchen auf illegale Weise, ohne hoheitliche Befugnisse und ohne „Amtsausweise“, Geld zu erpressen. Siehe dazu:

OLG München, Beschluss vom 05.02.2013, 9 VA

17/12

Des Weiteren, wenn jemand hoheitliche Aufgaben vornehmen will, ist ein AMTS-ausweis unabdingbar und zwingend erforderlich. Dauerhafte Übertragung hoheitlicher Befugnisse auf NICHT-Beamte ist entsprechend des BVerfG-Urteils 2BvF2/58 vom 27.04.1959 verfassungswidrig!

In Deutschland gibt es seit dem 08. Mai 1945 keine Beamten mehr! Siehe BVerfG Aktenzeichen

1 BvR 147/52 vom 17.12.1953

Reichsbürgersortierer

Landratsamt

gemäß Artikel 116 GG Absatz 1 + 2

Wichtiges Schulungsmaterial* für BRD Bedienstete, Politiker, Justiz, Polizei, Landesamt für Verfassung und Reichsbürger im Sinne der Argumentation des Kriegs.- und Besatzungsgebiet der sogenannten „Bundesrepublik Deutschland“

**Dienstanweisung
zur Meldung von „Reichsbürgern“
beim Landratsamt Rastatt**

* Es ist festzustellen, daß die oben genannten PERSONenkreise zunehmend ungeschult auf die Völker in ihren Heimatländern losgelassen werden. Diese Lehraufgabe übernehmen ab sofort die Völker selber.

BRD produziert täglich Reichsbürger in Kette!

17. Juli 2018

Behördengesindel und Scheinbeamte gegen eigene Landsleute

Prolog: „Reichsbürger“ sind in der Dualität gefangen. Nicht nur durch die willkürliche Erstellung der juristischen PERSON mit der Geburtsurkunde, ohne „Auslieferung“ der Gebrauchs- und Bedienungsanleitung, was dauerhaft der Produkthaftung unterliegt. Ein Reichsbürger bezieht sich und ist ein Produkt der verbotenen Reichsbürgerverordnung von 1934. Er wird also völlig unschuldig als Reichsbürger geboren und oft genug mit Nazis in einen Topf geworfen, welche die Geburt eines Reichsbürgers aber erst ermöglicht haben. Reichsbürger können sich nicht selbst ernennen. Das macht diese Bunte Republik für sie und wird sie dann nicht mehr los!

Diese „Bundesrepublik Deutschland“ bezeichnet diese oktroyierte juristische PERSON als ihr Eigentum, um damit verbotene InSich-Geschäfte (§181 BGB) zu betreiben, was der Turbolader für die Konkursabwicklung darstellt. Eigentum schon deshalb nicht möglich, da geltende BK/O 47-50 u.a. Willkürlich erzeugte Reichsbürger, werden von Reichsbürgern in deren Position als Kollaborateure verwaltet und befinden sich in der gleichen Position wie die Verwaltung über die Personenstandsregister der juristischen PERSONen, eingetragen als geborene Reichsbürger 1934!

Der vorsätzliche Betrug mit dem „Staatsangehörigkeitsausweis“

Die „BRD“ ist nicht nur nicht berechtigt oder nur Ignorant oder Dumm. Es ist das bewußte Kriegsmittel zur Auslöschung Deutschlands und seiner Ordnung seiner einstigen Werte. Wer da meint, man bekäme von der Firma irgend ein Freibrief und Recht, der ist auch noch Weihnachtsmanngläubig und hat es immer noch nicht verstanden was wirklich abgeht und wo der Hund tatsächlich begraben liegt ..

... „im Kanonischen Recht“ – „The Black Law“

Die deutsche Staatsangehörigkeit ist explizit keine allgemeine, neutrale Phrase. Die deutsche Staatsangehörigkeit ist die einheitliche Staatsangehörigkeit 1934, des von Genscher bei der UNO, als Völkerrechtssubjekt angemeldeten „Deutschland“.

BK/O (Berlin Kommandantura Order) (47)/50

Interalliierte Kommandantur der Stadt Berlin Abschrift: BK/O (47) 50 v. 21. Februar 1947

Betrifft: Angelegenheiten das unter der Kontrolle der Besatzungsbehörden stehende Eigentum

**Niemand in unseren Bundesländern
besitzt Eigentum!**

An den: Herrn Oberbürgermeister
Die Alliierte Kommandantur Berlin ordnet wie folgt an:

1.) Ohne vorherige schriftlich erteilte Genehmigung der Militärregierung des Sektors, in welchem das Eigentum sich befindet, darf kein deutsches Gericht die Zuständigkeit beanspruchen oder ausüben in Fällen, welche das auf Grund des (SHAEF) Gesetzes Nr. 52 der amerikanischen, britischen und französischen Militärregierung oder (SMAD) Befehls-Nr. 124 des sowjetischen Oberbefehlshabers der Kontrolle unterliegende oder unter Kontrolle stehende Eigentum bzw. das Kraft Anordnung einer der Besatzungsbehörden eingezogene oder der Konfiszierung unterworfenen Eigentum treffen.

6. Vereinigtes Wirtschaftsgebiet

280. Das Vereinigte Wirtschaftsgebiet, das im Jahre 1947 durch eine Zusammenlegung einzelner Verwaltungszweige der britischen und der amerikanischen Besatzungszone entstanden war, ist, wie das BAG, 21. 5. 1958, AP § 16 AOGÖ Nr. 3, festgestellt hat, als völlig neues Gebilde nicht in die Rechte und Pflichten des Deutschen Reiches eingetreten, da es zu keiner Zeit »auch nur annähernd« alle die Funktionen ausgeübt habe, die eine Staatsverwaltung ausmachen und mit denjenigen des Reiches vergleichbar seien. Auch der BayVerfGH, 24. 7. 1963, VerfGH 16, 76 (86), geht davon aus, daß das Vereinigte Wirtschaftsgebiet »keinen staatlichen Charakter« getragen habe.

Der Beweis wie wir betrogen werden !

281. Die Rechtsprechung, deren Gegenstand die aus der Teilung Deutschlands erwachsenen Rechtsprobleme sind, wird nachstehend in gesonderten

⁶⁰⁾ = AVR Bd. 12 (1964/65), 218 = BayVBl. 1964, 20.

⁶¹⁾ Zu dem Urteil vgl. H. H u b e r, Gebietshoheit und Grenzverlauf im Bodensee. Ein Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes und Anmerkungen, Zeitschrift für Schweizerisches Recht, Bd. 82 (1963), 365, und Th. M a u n z, Hoheitsrechte am Bodensee, BayVBl. 1964, 82.

Der Außenminister Polens, Krzysztof Skubiszewski, weist darauf hin, daß nach Ansicht der polnischen Regierung diese Erklärung keine Grenzgarantie durch die vier Mächte darstellt. Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, weist darauf hin, daß er zur Kenntnis genommen hat, daß diese Erklärung für die polnische Regierung keine Grenzgarantie darstellt. Die BRD stimmt der Erklärung der vier Mächte zu und unterstreicht, daß die in dieser Erklärung erwähnten Ereignisse oder Umstände nicht eintreten werden, d. h., daß ein Friedensvertrag oder eine Friedensregelung nicht beabsichtigt sind. Die DDR stimmt der von der BRD abgegebenen Erklärung zu.

[Nr. 354: Drittes Treffen der Außenminister der Zwei plus Vier, 17. 7. 1990; Nr. 354B: Anlage 2 Protokoll des französischen Vorsitzenden, 17. 7. 1990. Deutsche Einheit, S. 4069 (vgl. Dt. Einh., S. 1369-1370) (c) Oldenbourg Verlag]